

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

22.11.1927 (No. 272)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3518

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 cm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Stagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages

Der deutsche Außenhandel im Oktober

Wieder erhöhter Einfuhrüberschuss
Der deutsche Außenhandel zeigt im Oktober 1927 im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuss von 284 Mill. M. (gegen 242 Mill. M. im Vormonat). Die Einfuhr im reinen Warenverkehr zeigt im Oktober gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 70 Mill. M. Daran sind beteiligt: Lebensmittel und Getränke mit 19 Mill. M., Rohstoffe und halbfertige Waren mit 27 Mill. M. und Fertigwaren mit 24 Mill. M. Die Ausfuhr hat im Oktober im allgemeinen ihre Aufwärtsbewegung fortgesetzt und liegt um 28 Mill. M. über der Ausfuhr des Vormonats. Gestiegen ist die Ausfuhr an Lebensmitteln um 6 Mill. M. und die Fertigwarenausfuhr um 25 Mill. M. Die Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken zeigt gegen den Vormonat eine Zunahme um 18,6 Mill. M. Bei der Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren ist eine Zunahme um 26,6 Mill. M. festzustellen. Die Fertigwarenexporte zeigen eine Zunahme um 33,2 Mill. M., woran Baumwolle mit 30,9 Mill. M. beteiligt ist. Die Einfuhr an Fertigwaren zeigt eine Zunahme um 23,6 Mill. M. Hieran sind beteiligt die Textilfertigerwaren (hauptsächlich Wolle) mit 8 Mill. M., Walzwerkzeugnisse mit 2,6 Mill. M. und Maschinen mit 2,5 Mill. Reichsmark. Die Ausfuhr an Lebensmitteln und Getränken zeigt eine Zunahme um 6,3 Mill. M. Daran ist hieran mit 1,9 Mill. M. beteiligt. Die Ausfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren weist eine Abnahme um 3,6 Mill. M. auf, die hauptsächlich auf leichte Abschwächungen der Ausfuhr an schwefelhaltigem Ammoniak und Brennstoffen zurückzuführen ist. Bei der Ausfuhr an Fertigwaren ergibt sich eine Zunahme um 25 Mill. Reichsmark, die auf leichte Ausfuhrsteigerungen bei den meisten Warengruppen zurückzuführen ist. Absolut die bedeutendste Zunahme zeigt die Textilfertigerwarenausfuhr (um 6,9 Mill. Reichsmark). Eine leichte Abnahme gegen den Vormonat weist die Ausfuhr an Maschinen und Kinderspielwaren aus.

Aus dem Reichstag

22. Berlin, 22. Nov. (Tel.) Um 15 Uhr tritt heute, Dienstag, der Reichstag nach längerer Pause zum ersten Male wieder zusammen.
Als wichtigster Gegenstand steht der deutsch-französische Handelsvertrag auf seiner Tagesordnung. Schon eine Stunde vorher, um 14 Uhr, halten die meisten Fraktionen Sitzungen ab, nämlich die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei und die Kommunisten. Zentrum und Demokraten haben dagegen erst nach Beendigung der Volltätigkeit des Reichstages Fraktionssitzungen anberaumt. Der Vormittag wurde wieder von den Ausschüssen zur Förderung ihrer Arbeiten benutzt. Der Kriegsbeschädigtenauschuss feierte die Beratung der Nobelle zum Reichsverordnungs-gesetz fort, der Haushaltsauschuss die Beratung des Besoldungsgesetzes.

Die Heeresstärke der europäischen Nationen

22. London, 22. Nov. (Tel.) In dem Streit über die Heeresstärke der europäischen Nationen hat Kriegsminister Borthington-Edwards wieder das Wort ergriffen und einen Brief an die „Daily Mail“ geschickt, in dem er ausführt, wenn Lloyd George und Lord Rothermere nicht nur die Stärke der aktiven Heere, sondern auch der Reserven der siegreichen Nationen in Rechnung stellten, müßten sie auch die deutschen, österreichischen usw. Reserven mitzählen. Lord Rothermere veröffentlicht in der „Daily Mail“ eine Antwort auf diesen Brief und sagt, der Vergleich passe nicht im geringsten, denn für die in Deutschland vorhandenen militärisch ausgebildeten Männer gebe es keine Waffe, während die siegreichen Nationen volle Ausrüstung für ihre Reservisten hätten. Ferner weist Lord Rothermere darauf hin, daß heute, neun Jahre nach dem Waffenstillstand, das britische Kriegsgesetz über einen so großen Stab verfüge, wie er in keinem Verhältnis zu den wirklichen Bedürfnissen des Heeres stehe.

Die Flottenrüstungen

22. London, 22. Nov. (Tel.) Der politische Korrespondent der „Daily Mail“ schreibt: Ich höre, daß die Einstellung des Baues zweier Kreuzer als eine Geste an die Vereinigten Staaten gemeint ist, und daß sehr wahrscheinlich im nächsten Jahre der Bau eines weiteren Kreuzers aufgeschoben wird. Eine Erregung-Meldung aus Washington besagt: Amtlich wird erklärt, daß das dem gegenwärtigen Kongress vorzulegende Flottenbauprogramm von dem Beschluß Großbritanniens, den Bau zweier Kreuzer aufzuschieben, nicht berührt werden wird. Präsident Coolidge und die Marinebehörden sind der Ansicht, daß die Stärke der amerikanischen Kriegsflotte weit unter der normalen Höhe ist.

Verhandlungen in Italien

22. Rom, 22. Nov. (Tel.) Wie die „Agenzia Stefani“ berichtet, ist der Abg. Ronzio di Sansebastiano verhaftet worden, weil er Mittel aufgebracht habe, um Umstürzern und Antifaschisten die Flucht aus Italien zu ermöglichen. Ronzio di Sansebastiano habe erklärt, daß er aus Haß gegen den Faschismus gehandelt habe. Auch der ehemalige Abgeordnete General Benoni wurde wegen seiner dem faschistischen Regime feindseligen Tätigkeit verhaftet. Er sei in verschiedenen kompromittierenden Dokumenten wiederholt genannt worden und habe zugegeben, mit Ronzio über die politische Lage und die Lage der Flüchtlinge im Auslande gesprochen zu haben.

Ständemehrungsprogramm des Reichskanzlers an Erz. Gröner. Reichskanzler Dr. Marx hat an Reichsminister a. D. Erz. Gröner zur heutigen Vollendung seines 60. Lebensjahres ein Glückwunschtelegramm gerichtet, in dem er der großen Dienste, die Gröner dem alten Deutschland und dem neuen Reich geleistet habe, gedenkt.

Berliner Tagesbericht

(Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung“)

Die Handelsbeziehungen zu Russland u. Polen

M. Berlin, 22. Nov. (Priv.-Tel.)

Ein etwas ungewöhnliches Vorgehen hat sich die russische Handelsdelegation in Berlin gelistet. Nachdem sie schon am Samstag Vertreter der deutschen Wirtschaft zu einer Besprechung eingeladen hatte, hat sie heute eine Pressebesprechung anberaumt, in der sie vor Vertretern der deutschen Zeitungen über ihre mit dem Reich schwebenden Verhandlungen sprechen will. Es handelt sich dabei um Wirtschaftsfragen, da sich die Verhandlungen zwischen Deutschland und Russland in dieser Hinsicht nicht sonderlich günstig entwickelt haben. Was hier versucht wird, ist eine Einflussnahme auf die deutsche Öffentlichkeit gegen die eigene Regierung, womit naturgemäß die künftigen Verhandlungen nur erschwert werden.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen scheinen nicht zu dem Ergebnis zu führen, das man gewünscht hat. Es ist nicht wahrscheinlich, daß es zum Abschluß eines Vertrags oder auch nur eines alle Fragen umfassenden Protokolls kommt. Wenn in den letzten Tagen von verschiedenen Sonderverhandlungen über Einzelfragen sowie über die Einfuhr von Kartoffeln gesprochen worden ist, so dürfte das der Weg sein, der voraussichtlich beschritten wird. Man wird eine Reihe von deutsch-polnischen Handelsfragen herausheben, nachdem schon das Niederlassungsrecht im wesentlichen auf diplomatischem Weg erledigt worden ist und versuchen, ob man in diesen Punkten wenigstens zu Vereinbarungen gelangt. Dabei handelt es sich im wesentlichen um Agrarfragen. Deshalb dürfte auch keine eigene deutsche Delegation ernannt werden.

Die französischen Ostbesetzungen

In der gestrigen Aussprache über die Militärergesetzgebung in der französischen Kammer wurde die Regierung aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zur Landesverteidigung nunmehr zu ergreifen, um die Grenzen zu sichern. Da die Mittel bereits zur Verfügung gestellt worden sind, können die Arbeiten in den nächsten Wochen beginnen.

Elfäßischer Protest

22. Paris, 22. Nov. (Tel.) Dem „Matin“ wird aus Straßburg gemeldet, daß die Leitung der Nationalrepublikanischen elfäßischen Volksvereinigungen eine Entschliebung angenommen hat, in der sie gegen das Verbot von in deutscher Sprache im Elß erschienenen Zeitungen Stellung nimmt. In der Entschliebung heißt es, die Parteileitung weise den Gedanken, die Tendenz und die Methoden der autonomistischen Presse zu verteidigen, von sich, lehne aber andererseits auch den Standpunkt der Regierung ab, wonach die in Elß-Lothringen erscheinenden Zeitungen deutscher Sprache als in einer fremden Sprache im Sinne des Fremdengesetzes abgefaßt angesehen werden müßten. Die deutsche Sprache sei die Schriftsprache der großen Mehrheit der elfäßischen und lothringischen Bevölkerung und werde obligatorisch in den Schulen gelehrt. Die Parteileitung lehne daher jedes Ausnahmegesetz für Elß-Lothringen ab und billige in diesem Sinne den von den elfäßisch-demokratischen Abgeordneten eingebrachten Gesetzentwurf als entsprechende Abänderung des französischen Pressegesetzes.

Rücktritt der belgischen Regierung

Die belgische Regierung hat ihre Gesamtmission eingereicht, nachdem der Kriegsminister festgestellt hatte, daß es ihm unmöglich sei, gegenwärtig einen Gesetzentwurf über die Herabsetzung der Dienstzeit einzubringen, der die Zustimmung aller Mitglieder des Kabinetts finden könne. Die Sozialisten haben damit den Erfolg erreicht, daß nicht, wie ursprünglich verlautete, die sozialistischen Minister allein zum Rückzug gezwungen wurden, sondern daß das ganze Kabinett zurücktrat. Die letzte scharfe Zuspitzung der Krise ist wahrscheinlich das Werk von Vanderveelde gewesen, der im Gegensatz zu einigen Ministerkollegen die Fortsetzung der Koalition als unmöglich erkannt hatte und seiner Partei ihre Aktionsfreiheit zurückgeben wollte.

Der Ackererrat des Reichstages ist zum morgigen Mittwoch einberufen worden, um den Arbeitsplan des Reichstages bis Weihnachten festzulegen.

Die Theaterzuschüsse des Landes Thüringen. Im Haushaltsplan des Landes Thüringen sind für die Landestheater insgesamt 1 726 710 M. eingestellt. Davon sollen Zuschüsse erhalten das Weimarer Nationaltheater rund 587 000 M., das Landesheater Meiningen 209 000 M., Altenburg 324 000 Reichsmark, Gotha 318 000 M., Rudolstadt 50 000 M. und das Landesheater Sondershausen mit dem Logorchester 238 000 M.

Disziplinarverfahren gegen Prof. v. Müller. Gegen den a. o. Professor in der juristischen Fakultät Berlin, Dr. v. Müller, ist vom preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Finanznot und Einheitsstaat

Um zu beweisen, welche Summen bei einer Vereinheitlichung der Verwaltung und durch die Beseitigung der Länderregierungen gespart werden könnten, machen die Anhänger des Einheitsstaates allerhand Berechnungen auf. Dieser Beweis muß von vornherein mißglücken, weil dabei von ganz einseitigen Voraussetzungen ausgegangen wird. Heute behaupten die einen, das Reich würde die billigte Verwaltung haben, andere sagen wieder, die Länder könnten viel sparen, wenn sie so rationell arbeiten würden, wie Preußen. Aber alle führen das Schlagwort „Verwaltungsreform“ im Munde und vertreten wie etwas ganz Selbstverständliches die durchaus falsche Meinung, daß eine solche radikal nur im Einheitsstaat durchgeführt werden könnte.

Kein Geringerer als der Sparkommissar Sacmisch — der es am besten wissen muß — weist alle diese Vorwände zurück, indem er in einem Aufsatz „Die Vereinheitlichung der Haushaltspläne (Reich und Länder, Vierteljahresschrift, herausgegeben von der Arbeitsstätte für sachliche Politik E. B. Dresden, Verlag G. Braun, Karlsruhe 1927, 1. Heft) folgendes schreibt:

„Welche Verwaltung arbeitet denn heute teuer, welche billig? Arbeitet die Reichsverwaltung oder die preussische oder die bayerische teurer oder billiger als irgend welche andere Staats- oder Gemeindeverwaltung? Niemand kann das heute mit Sicherheit sagen, jedenfalls nicht zweifelsfrei belegen, wenn schon oft genug — auch von autoritativen Stellen — ganz bestimmte Antworten gegeben und veröffentlicht werden. Ebenjowenig kann jemand sagen, daß alle Verwaltungen gleich gut, gleich sparsam wirtschaften. Es fehlt der Maßstab, dies alles zu messen.“

Man könnte diese Feststellung dahin erweitern, daß heute auch noch ein Maßstab dafür fehlt, wie die verschiedenen Staatsaufgaben in den einzelnen Ländern verteilt sind. Darauf kommt aber bei der Beurteilung des Staatsaufwandes außerordentlich viel an, davon hängt auch im Wesentlichen die Zahl der Beamten in den Ländern und Gemeinden ab. Außerdem ist noch der Umfang der Aufgaben entscheidend. Man braucht nur die verschiedenen Verwaltungsschemata der deutschen Länder miteinander zu vergleichen, um zu sehen, daß in dem einen die Regierung viel mehr und ganz verschiedene Aufgaben hat, als in einem anderen. Solche Verschiedenheiten sind bedingt durch die historische Entwicklung, die geographische Lage, die soziologische Zusammensetzung des einzelnen Landes usw. Diese Unterschiede werden aber auch in einem Einheitsstaat mit allen ihren Auswirkungen fortbestehen bleiben.

Am deutlichsten zeigt sich das an dem Beispiel des Schulwesens in Baden, Bayern und Preußen. Nach dem Staatsvoranschlag für 1926/27 betrug der ordentliche Haushalt des badischen Ministeriums für Kultus und Unterricht 68 354 000 M. In Bayern bezifferte er sich auf rund 200, in Preußen auf 526 Millionen. Auf den Kopf der Bevölkerung macht das in Baden 29,5, in Bayern 27,1 und in Preußen 13,8 M. Gemessen an seiner Bevölkerungszahl müßte Preußen nach dem badischen Maßstab 1,124 Milliarden M. nach dem bayerischen 1,033 Milliarden ausgeben. Daß nun Preußen viel billiger wekommt als Baden und Bayern, liegt nicht darin, daß dort rationeller gewirtschaftet wird, sondern weil es als Land die Schullasten nicht in dem Umfang trägt, wie Baden oder Bayern. Baden gibt für höhere Lehranstalten nach dem Voranschlag 1926/27 rund 13 186 500 M. aus, Bayern 24 Millionen und Preußen nur 30 Millionen. Das Volksschulwesen kostet in Baden 32 141 800 M., in Preußen werden die Volksschullehrer im Staatshaushalt überhaupt nicht, und die Lehrer an höheren Schulen nur teilweise aufgeführt. Dieses Beispiel zeigt am deutlichsten, daß die vielgenannte Einteilung in größere Verwaltungsbezirke mit den Ausgaben — auf diesem Gebiete wenigstens — gar nichts zu tun hat. Im Falle eines Aufgebens Badens im Reich müßte eben letzteres die Schullasten übernehmen. Ob es aber billiger würde, wenn alles in einem „Reichskultusministerium“ zentralisiert wäre, das darf man mit Recht aufs ärgste bezweifeln.

Wie aus dem Gebiete des Schulwesens, so verhält es sich auch mit anderen unerlässlichen Staatsaufgaben. Nach dem Staatsvoranschlag 1926/27 betragen, um nur einige Punkte herauszuheben, die Ausgaben für die Bezirksverwaltung 7 278 500, für Heil- und Pflegeanstalten 5 872 900, für Landwirtschaft und Ernährung 4 446 600, für Wasser- und Straßenbau 12 257 180 M. Kein Ver-

nünftiger wird glauben, daß auf diesen, wie auf anderen Gebieten im Einheitsstaat so wesentliche Einsparungen gemacht werden könnten, daß sie in einer merklichen Steuerentlastung zum Ausdruck kämen. Die da und dort von den Zentralisten aufgestellte Behauptung, es könnten durch die Beseitigung der Länder drei Milliarden eingespart werden, ist eine ungeheuerliche Übertreibung. Selbstverständlich muß seitens der Länder alles nur Erdenkliche zur Rationalisierung der Verwaltung geschehen — aber auch vom Reich! Es geht nicht, daß man von den Ländern und Gemeinden äußerste Sparsamkeit fordert und im Reichstag eine Bewilligungsfreiheit bekundet, die höchst bedenklich ist. Man prüfe doch einmal im Reich nach, ob nicht die Verwaltung dort ebenfalls rationalisierungsbedürftig ist und nehme einmal, wenigstens für die nächsten Jahre, vom Ausbau und der Schaffung neuer Behörden Abstand!

## Das Reichsschulgesetz

Die Deutsche Volkspartei

Die Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei in Braunschweig, zu der im ganzen über 300 stimmberechtigende Mitglieder des Zentralvorstandes erschienen waren, beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Reichsschulgesetz, über das Geheimrat Dr. Kunkel einen Vortrag hielt. Dr. Stresemann, der als Parteivorsitzender die Versammlung leitete, erklärte, daß die Nationalliberalen in der Schulfrage immer einen toleranten Standpunkt eingenommen hätten. Schon vor 25 Jahren habe Professor Kahl, der heutige Senior der Partei, in Eisenach erklärt, daß der Streit über konfessionelle oder simultane Schulform keine grundsätzliche Frage für die Partei sei, sondern eine mehr taktisch-praktische, die nach regionalen Gesichtspunkten zu entscheiden ist. Grundlage der Aussprache waren die vom Parteivorstand ausgearbeiteten Richtlinien, die von dem Vorsitzenden der volksparteilichen Fraktionen, Dr. von Campe, vorgetragen und begründet wurden. — Dr. von Campe betonte besonders, daß das Schulgesetz zugleich ein Kulturgebäude von weittragender Bedeutung sei, und daß darum die Partei nicht von ihren grundsätzlichen liberalen Forderungen, insbesondere des uneingeschränkten staatlichen Hoheitsrechtes über die Schule und des Ausgleichs der Gegensätze durch eine tolerante Schulgesetzgebung abgehen könne.

Nach Beendigung der Diskussion erfolgte dann die einstimmige Annahme einer Entschließung, in der die Haltung der volksparteilichen Reichsminister, der Reichstagsfraktion, gebilligt wird. Die Deutsche Volkspartei habe die Aufgabe, auf der gegebenen Grundlage für eine liberale Ausgestaltung des Schulwesens einzutreten. Die Ausführung ihrer auf dem Leipziger Parteitag 1919 programmatisch festgelegten Grundzüge fordert der Zentralvorstand daher:

1. Neben Sicherung der konfessionellen Bekenntnisschule in ihrer geschichtlich gewordenen Art dauernde Erhaltung der christlichen Simultanen.
2. Angleichung der in der Reichsverfassung bezugten Gemeinschaftsschule an die christliche Simultanen.
3. Sicherung der Vorkenntnisse gegen jeden Versuch einer konfessionellen Verengung des gesamten Unterrichtes in der Bekenntnisschule.
4. Unbedingte Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Schulsysteme eines Schulverbandes.
5. Volle Aufrechterhaltung der Schulhoheit des Staates auch für den Religionsunterricht.

Die Deutsche Volkspartei, die sich nach den Erklärungen ihrer Minister und der Fraktion die Freiheit der Entscheidung vorbehalten hat, ist nach wie vor bereit, an dem Zustandekommen des Gesetzes mitzuwirken. Sie erwartet aber, daß die Reichstagsfraktion nur einem Gesetz zustimmt, das den Forderungen ihres nationalen und liberalen Bildungsideals entspricht.

## Die Demokraten

Die demokratische Reichstagsfraktion sagte, wie das WDZ-Büro erzählt, zum Reichsschulgesetzentwurf eine Entschließung, in der erklärt wird, daß die Fraktion dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen im Bildungsausschuß über das Schulgesetz mit äußerster Beforgnis gegenüberstehe. Der § 1 des Gesetzes gäbe in der jetzt angenommenen Fassung die Staatshoheit über die Schule preis, indem er den Staat auf Aufsichtsbefugnisse nach Artikel 120 der Reichsverfassung einschränkt und eine selbständige Aufgabe der Schule neben der erteilten Erziehung nicht anerkennt. Drei Beschlüsse über die Bekenntnisschule, vor allem der Beschluß, die Schule nicht nur nach Konfessionen, sondern nach den sie beantragenden Gruppen zu benennen (s. B. lutherische, reformierte usw.) charakterisieren die künftige Volksschule noch mehr als der Regierungsantrag als Kirchenschule.

Die Deutsche Demokratische Partei spricht die Hoffnung aus, daß alle liberalen und nationalen Kreise des deutschen Volkes diese Gefahr noch rechtzeitig erkennen und durch ihren entscheidenden Protest die deutsche Volksschule vor dem Schicksal der inneren und äußeren Zerstückelung bewahren werden.

## Zusammenschluß der Rechten in Bayern

Nachdem schon kürzlich in Würzburg Verhandlungen über den Zusammenschluß der Rechten in Bayern geführt wurden, hat die Münchener Vertretertagung der Nationalliberalen Landespartei Bayerns das Abkommen mit der Deutschnationalen Volkspartei mit 99 gegen 4 Stimmen gebilligt.

Das Abkommen besagt u. a.: „Die Deutschnationale Volkspartei in Bayern und die Nationalliberale Landespartei Bayerns schließen sich zu gemeinsamer vaterländischer Arbeit zusammen. Die Nationalliberale Landespartei Bayerns führt künftig den Namen „Nationalliberaler Landesverband Bayerns“. Der Nationalliberale Landesverband Bayerns behält seine innere organische Selbstständigkeit und, falls nach der politischen Lage erforderlich, auch das Recht, seine programmatische Sonderstellung z. B. in Fragen der Kulturpolitik zum Ausdruck zu bringen.“ In den Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei wurden die beiden bisherigen nationalliberalen Parteiführer in Bayern, Geheimrat Sachs und Prof. Dr. Lent entsandt.

Westdeutsche Gemeinden gegen Schacht. Zur Zeit finden laut „Post. Ztg.“ zwischen den westdeutschen Kommunalverbänden Besprechungen statt zur Einleitung einer gemeinsamen Protestkundgebung der deutschen Gemeinden gegen die von Reichsbankdirektor Dr. Schacht in seiner Bodumer Rede erhobenen Vorwürfe über die Ausgabenwirtschaft der deutschen Gemeinden. Der Reichsbankpräsident soll aufgefordert werden, konkrete Unterlagen für seine Behauptungen zu beschaffen. Diese Kundgebung soll nach dem Erscheinen der angekündigten Denkschrift des deutschen Städtetages erfolgen.

## Aus den Reichstagsausschüssen

### Die Besoldungsreform

Im Haushaltsausschuß beschäftigte man sich am Montag mit der Einsetzung der handwerklich vorgebildeten Beamten und der Betriebsassistenten bei den verschiedenen Verwaltungszweigen, die nach Anträgen der Sozialdemokraten und Kommunisten höher eingestellt werden sollten, während die Vertreter der beteiligten Ministerien für die Regierungsvorlage eintraten.

Es folgten dann die Abstimmungen über die neue Gruppe 10. Unter Ablehnung der anderen Anträge wurden eine Reihe Abänderungsvorschläge der Regierungsparteien genehmigt. Der Gruppe A 10 wurden z. B. Oberleitungsaufseher und Leitungsaufseher zugeteilt, von denen handwerksmäßige Vorbildung gefordert worden ist. Die ab 30. September 1927 im Amt gewesenen nicht handwerksmäßig vorgebildeten Telegraphen- und Leitungsaufseher, sollen wie die Oberpostassistenten, die nicht handwerksmäßig vorgebildeten Leitungsaufseher wie die Postassistenten, behandelt werden. Die meisten der weiter genehmigten Anträge bezweckten Streichung der Stellenzulage und dafür Höherstufung der betreffenden Beamten.

Der Ausschuß erörterte dann die Gruppe 9, deren Gehaltsätze 1700—2600 M betragen sollen, und zu der besonders die Rangassistenten gehören. Schließlich wurde auch Gruppe 9 unter Ablehnung sämtlicher Anträge der Oppositionsparteien im wesentlichen nach der Regierungsvorlage nur mit einigen Änderungen durch Anträge der Regierungsparteien genehmigt.

Am heutigen Dienstag beschäftigte sich der Ausschuß mit Gruppe 8 B der Besoldungsordnung, die Gehaltsätze von 1700 bis 1790 M vorzählt.

Der Berichterstatter, Abg. Steinkopf (Soz.), forderte, daß in dieser Gruppe, ähnlich wie in Kreuzen, auch Stellen für weibliche Beamte, z. B. bei der Post, geschaffen würden.

Die Regierung wiederholte ihre getrigge Erklärung, daß weibliche Hilfskräfte im allgemeinen nur mit mechanischen Arbeiten beschäftigt würden und daß Stellen für sie nur bei wirklich dauernder Beschäftigung nur bei Aufstellung des nächsten Etats in Sonderfällen geschaffen werden könnten.

Auf eine Frage des Abg. Morath (D. Vp.) erwiderte der Regierungsvorsteher, daß eine Versorgungsanfrage für die weiblichen Angestellten ähnlich wie bei der Post geplant sei. Verhandlungen mit den Ländern säheben.

Schließlich wurde Gruppe 8 B unter Ablehnung aller Änderungsanträge genehmigt.

Es folgte die Beratung der Gruppe 8 A, die Gehälter von 2000—2700 M vorzählt. Auch hier beantragten die Sozialdemokraten die Einfügung weiblicher Büroangestellter und die von Wertführern im Druckereidienst, Maschinenassistenten usw.

## Politische Neuigkeiten

### Dr. Stresemann und Neuwahlen

Auf der Tagung des Zentralvorstandes der deutschen Volkspartei in Braunschweig machte am Montag nachmittags laut „Tägl. Rundsch.“ der Parteivorsitzende, Reichsaussenminister Dr. Stresemann, vertrauliche Ausführungen über die finanzielle und wirtschaftliche Lage, an deren Schluß er auch auf die Frage etwaiger Neuwahlen zu sprechen kam und unter starkem Beifall den unbedingten Willen zur Erhaltung der absoluten Selbstständigkeit der Deutschen Volkspartei gegenüber anderen Parteien und Verbänden betonte.

In der öffentlichen Versammlung soll Dr. Stresemann in seiner Rede dem „Vorwärts“ zufolge noch folgendes gesagt haben: Vier Jahre bin ich Außenminister, drei Jahre lang hatten wir Reichsminister eine Krise. Ob diese Koalition bis an das Ende des Reichstages bestehen bleibt, vermag niemand zu sagen. Gemächlich kommt zu Weihnachten die Krise. Die Ehe mit den Deutschnationalen ist keine Liebeshehe, sondern eine Verheiratete, und 25 Jahre lang wird sie sicher nicht dauern.

### Salonwagen der Deutschen Reichsbahn

Die Deutsche Reichsbahn besitzt eine Anzahl gut ausgestatteter Salonwagen. Ein Teil dieser Wagen ist nach dem Kriege überholt worden, und der Rest wird zur Zeit ebenfalls modernisiert. Im Durchschnitt haben die Wagen etwa 22 Plätze, von denen sich 9 zu Betten einrichten lassen. An einem Wagenende befindet sich ein rund 4 Meter langer Salon, an den sich meist eine geschlossene und heizbare Plattform anschließt, in der Sessel aufgestellt sind, von denen aus man einen guten Überblick über die Strecke hat, wenn der Wagen am Zugende läuft. An die andere Seite des Salons schließt sich ein größerer Schlafraum mit besonderem Waschraum und Abort an. Alsbald folgen bequem eingerichtete Abteile, ähnlich den in den Schlafwagen, mit Wascheinrichtungen usw. Die Wagen besitzen außer Dampfheizung besondere Warmwasserheizung, elektrisches Licht, sowie Kochgelegenheit, und sind derart gebaut und ausgerüstet, daß sie auf alle Auslandsbahnen übergeben können. Sie laufen, wie die Schlaf- und D-Zugwagen, auf zwei Drehgestellen mit je zwei oder drei Achsen, wodurch ein ruhiger Lauf gewährleistet wird. Zur Bedienung der technischen Einrichtungen des Wagens wird ein Begleiter von der Bahnverwaltung gestellt.

Die Salonwagen wurden vor dem Kriege häufig für Reisen im In- und Auslande benutzt. Sie fanden sowohl beim Einzelreisenden als auch bei kleineren Gesellschaften (insbesondere auch zur Jagdzelt) gleichen Anklang wegen ihrer Bequemlichkeit und des Ungezwungenheits. Nach dem Kriege ist ihre Benutzung zurückgegangen. Am zur Benutzung anzuregen, ist vor kurzem der Tarif herabgesetzt worden. Während früher mindestens 18 Fahrkarten 1. Klasse zu lösen waren, sind jetzt für die Beförderung Fahrkarten 1. Klasse für soviel Personen zu lösen, wie den Wagen benutzen, mindestens aber für 12 Personen. Außerdem wird eine Benutzungsgebühr erhoben, die mit dem Besteller vereinbart wird. Es ist zu hoffen, daß durch eine häufigere Bestellung der Salonwagen, die an jede Station oder an eine Reichsbahndirektion gerichtet werden kann, eine bessere Ausnutzung dieser wertvollen Wagen erzielt wird. Erwähnt sei noch, daß die Deutsche Reichsbahn auch einige Kranken Salonwagen zu dem gleichen Tarif fährt. Die Wagen entsprechen im wesentlichen den geschlossenen Salonwagen, sie sind aber besonders für die Beförderung eines Kranken mit aller Bequemlichkeit ausgerüstet.

Er mordung eines deutschen Missionars in China. Habas meldet aus Tientsin, daß Soldaten der Schansi-Provinz im Norden einen deutschen katholischen Missionar getötet und das Missionsgebäude darauf geplündert haben. Nach einer weiteren Meldung aus Keking, handelt es sich um Pater Mengengils. Sieben Soldaten sollen ihm an einer einsamen Straßenecke aufgelauert und ihn um Kleidung gebeten haben. Als der Pater dem Wunsch nicht Folge leistete, schossen sie ihn nieder.

## Zentrum und Bayerische Volkspartei

Wie aus München gemeldet wird, haben am 19. und 20. November streng geheime abschließende Besprechungen der Sachverständigenkommissionen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei stattgefunden. Das Ergebnis der Besprechungen ist der von den obersten Instanzen der beiden Parteien noch zu billigende Entwurf für eine Vereinbarung zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei. Dieser Entwurf nimmt eine engere Zusammenarbeit der parlamentarischen Vertreter der beiden Parteien für große Fragen in Aussicht und will die Möglichkeit einer gegenseitigen Bekämpfung der beiden Parteien bei den Landtags- und Reichstagswahlen ausschließen. — Mit der Stellungnahme der obersten Organe der beiden Parteien ist innerhalb kurzer Zeit zu rechnen.

## Kurze Nachrichten

Millionen-Geldstrafen in einem Zollhinterziehungsprozeß. Das Bezirksgericht Mainz verurteilte wegen bandenmäßigen Sprichmuggels und Zollhinterziehung den Fabrikanten Koebing, den Kaufmann Wirth, einen Kaufmannsgehilfen und einen Käufer, die das Reich um fast 19 Millionen Reichsmark geschädigt hatten, zu Gefängnisstrafen von 1—10 Monaten, Geldstrafen von 3,6—62 Millionen M, an deren Stelle evtl. weitere Gefängnisstrafen treten und Wertersatz von 4,8—20 Millionen M.

Antifemistische Ausschreitungen in Ungarn. In Fünfkirchen drangen Studenten gewaltfam in die Vorlesungssäle und verprügelten jüdische Kommilitonen. Auch in Szeged wurden sämtliche jüdischen Höre zum Verlassen der Universität gezwungen. Die Polizei ist, wie dazu aus Budapest gemeldet wird, entschlossen, die Autonomie der Hochschulen im Falle des Abhaltens der Ausschreitungen nicht zu respektieren.

Die Steuerermäßigung in den Vereinigten Staaten. Der Finanzausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses hat einstimmig 250 Millionen Dollar als Höchstbetrag der auf der bevorstehenden Session des Kongresses zu gewährenden Steuerermäßigung festgesetzt. Das Schatzamt hatte als Grenze 225 Millionen Dollar vorgeschlagen.

Bergarbeiterdemonstrationen in Colorado. Bei einer Kundgebung der seit einem Monat streikenden Bergwerksarbeiter kam es, wie aus Denver (Colorado) gemeldet wird, zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, als die Bergarbeiter versuchten, in das Grundstück der Bergwerksgesellschaft einzudringen. Drei Bergarbeiter wurden dabei erschossen und etwa 20 mehr oder weniger schwer verwundet.

Safenarbeiterstreik in Australien. Der Safenarbeiterverband hat, wie aus Melbourne gemeldet wird, beschlossen, von heute, Montag, ab einen Streik wegen der Überstunden durchzuführen, der darin bestehen soll, daß überseefische Güter nach 5 Uhr nachmittags nicht mehr befördert werden. Da die Wollausfuhr gerade auf ihrem Höhepunkt steht, wird der Streik große Unannehmlichkeiten verursachen.

## Aus der Landeshauptstadt

Rektorswechsel. Am Samstag, den 3. Dezember, vormittags 11 Uhr, findet in der Aula der Technischen Hochschule die Feier des Rektorswechsels statt.

Kauf beim Einzelhandel! Die Landeszentrale des Bad. Einzelhandels schreibt: Mehr denn je ziehen gegenwärtig wieder wilde Händler und Kaufierer durch das Land, um ihre meist recht zweifelhaften Waren und Fabrikate bei der Bevölkerung abzusetzen. Sie drängen ihre Ware direkt den Verbrauchern auf, die freilich dann häufig merken müssen, daß sie die hereingefahrenen sind. Der Käufer vergleiche nur einmal die Preise, die er bei diesen herumziehenden Händlern bezahlen muß, mit denjenigen, für Ware gleicher Qualität beim ordnungsgemäßen Einzelhandel, und er wird wohl kaum je in Zweifel geraten, wenn er den Vorzug zu geben hat. Die Ware der herumziehenden Händler und Kaufierer ist sehr häufig Namtware minderwertiger Qualität, die selbst den einfachsten Bedürfnissen nicht genügen kann, und wenn sie auch auf den ersten Blick als billig erscheint, doch sehr bald sich als überwertet herausstellt. Der legitime Einzelhandel verfügt über langjährige gepflegte Beziehungen zu Industrie und Großhandel und über die besseren und billigeren Einkaufsquellen. Stellt sich aber wirklich einmal ein Mangel an einer Ware heraus, so kann der Käufer dieser ohne weiteres beim Einzelhandel beanstanden, und er wird in dieser oder jener Form einen Ausgleich erhalten. Bei den herumziehenden Händlern und Kaufierern, deren Verkauf nicht auf dem langjährigen Vertrauen der Kundschaft basiert, hat der Käufer einen derartigen Anhalt nicht.

Babilisches Landestheater. Donnerstag, den 24. November findet ein einmaliges Gastspiel der berühmten russischen Tänzerin Tamara Karavina mit ihrem Partner Keith Lester statt. Sowohl in Deutschland, wie in dem gesamten Ausland, hatte diese Meisterin des Tanzes triumphale Erfolge und verspricht ihr Auftreten am hiesigen Landestheater ein Ereignis seltenster Art zu werden.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Nach meist wolkenigem Vormittag mit zeitweiligem Regen hatten wir gestern Nachmittag ziemlich heiteres und mildes Wetter. In der Rheinebene betrug die Höchsttemperatur bis 9 Grad Wärme, auf dem Feldberg bis 7 Grad. Die allgemeine östliche Windrichtung, deren obere Grenze gestern in etwa 1000 Meter Meereshöhe lag, hat sich über Nacht bis in größere Höhe durchgesetzt. Auch auf dem Feldberg weht heute morgen Ostwind. Aber dem Balthikum ist der Druck weiterhin gestiegen und hat über 789 Millimeter erreicht. Kaltluft fließt in breitem Strome aus diesem Hochdruckgebiet nach den Rosten des fast aufgefüllten Kanalwirbels. Ein Wirbel hat sich nach Südrussland verlagert und saugt Kaltluft aus Nordosten heran. Wir müssen daher nunmehr mit dem Eintritt von Frostwetter auch in der Ebene rechnen, zumal die minus 10 Gradgrenze bereits die Ober überschritten hat und sich noch weiter nach Westen bewegt. Der Kälteeinbruch wird durch Schneefälle eingeleitet werden. Voraussetzliche Witterung für Mittwoch, 23. November: Zunehmend kälter, bei zeitweise aufziehenden Nordostwinden, wolfig und zunächst leichte Schneefälle. Frosttemperaturen auch in tiefen Lagen.

## Verschiedenes

### Starker Schneefall im Riesengebirge

W.D. Grischberg, 22. Nov. (Tel.) Starker Schneefälle gingen am Montag im Riesengebirge nieder, die etwa 20 Zentimeter Neuschnee brachten. Auf dem Kamm selbst wurde der Neuschnee allerdings durch den starken Sturm zum größten Teil wieder verweht. Die Schneehöhe beträgt auf dem Kamm selbst etwa 25—30 Zentimeter, dagegen in den Vorbergen etwa 30—40 Zentimeter.

E. Büchle

Inhaber: W. Bertsch  
Kaiserstraße 132  
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei  
billigst. Berechnung  
Große Auswahl

25jähriges Jubiläum der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Vor kurzem feierte die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Berlin ihr 25jähriges Bestehen...

Ministerialdirektor Dr. h. c. Damann vom Reichsministerium des Innern, dem für seine großen Verdienste um das Zustandekommen des Gesetzes die höchste Auszeichnung...

Oberregierungsrat Dr. Breger vom Reichsgesundheitsamt beehrte das Gesetz in feinen Ausführungen vom hygienischen Standpunkt...

Frau Anna Kappert begrüßte als Vertreterin der abolitionistischen Föderation und des Bundes deutscher Frauenvereine das neue Gesetz...

Dr. Memelsdorf, der Beigeordnete des deutschen und preussischen Städtetages, sprach über das neue Gesetz als Vertreter der Kommunen...

Als letzter Referent sprach Geh. Rat Dr. Schäfer vom Justizministerium. Er betonte den erzieherischen und fürsorglichen Grundgedanken des Gesetzes...

Die Sparfassen gegen die Erhöhung des Zinsfußes. Der Sparfassenausschuß beim Deutschen Sparfassen- und Giroverband...

Haupttheinbaum Wörth-Jodgrum. Die Frage um die Errichtung des seit längerer Zeit geplanten Haupttheinbaues in der benachbarten Pfalz zwischen Jodgrum und Wörth...

Das Theaterdefizit Kölns. Zur Deckung des Defizits bei den Kölner städtischen Theatern haben die dortigen Stadtverordneten 2,8 Millionen bewilligt.

Badischer Teil

Saarländerempfang in der badischen Gesellschaft in Berlin

Wie aus Berlin gemeldet wird, fand am gezeichneten Montagabend in der Berliner badischen Gesellschaft auf Einladung der rheinischen Frauenliga ein Empfang statt...

Im Namen des Gastgebers begrüßten der Berliner badische Gesandte Donath und seine Gattin die Gäste auf das herzlichste. Im Laufe des Abends sprachen das Mitglied des saarländischen Landestages, Schmeltzer...

Aus dem reichen Beifall, welchen die Vorträge fanden, ging deutlich hervor, welches lebendige Interesse in der zahlreichen Zuhörerschaft an dem Schicksal der Saarländer besteht.

Jahresversammlung badischer Schulleute

Die in den Räumen der Mädchenrealschule zu Baden-Baden tagende Jahresversammlung des badischen Vereins für Mädchenschulen, war aus allen Teilen des Landes sehr gut besucht...

Die Referentin, Dr. Kollund, wies auf die Notwendigkeit der erzieherischen Beeinflussung der Mädchen nach den Entwicklungsjahren hin, in einer Zeit also, wo jetzt in der Regel die Einwirkung der Schule aufhört...

Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene hielt unter Leitung des 1. Vorsitzenden, Professor Dr. Naas, Karlsruhe, ihre jahresgewöhnliche Mitgliederversammlung in Karlsruhe ab...

Kurze Nachrichten aus Baden

Heidelberg, 21. Nov. Der frühere badische Staatspräsident Dr. Hummel hat seinen Wohnsitz von Heidelberg für dauernd nach Berlin verlegt.

Mannheim, 22. Nov. Ein Groß-Buldoggenzug der Firma Heinrich Lanz hat sich auf eine Propagandafahrt durch Südbadensland begeben.

Ettlingen, 22. Nov. Der Landesverband badischer Geflügelzüchtervereine (angeschlossen der Bad. Landwirtschaftskammer...

Billingen, 21. Nov. Heute vormittag erschoss sich hier in der Richtigshofen-Kaserne der 24jährige ledige Unteroffizier Anton Kiefer...

Freiburg i. Br., 22. Nov. (Tel.) Vor dem erweiterten Schöffengericht Freiburg kommt heute der Zusammenstoß eines Güterzugs mit einem Güterzug bei der Station Gundelfingen...

Säckingen, 21. Nov. Wie bereits berichtet, wurde hier dieser Tage über das Kraftwerk Säckingen verhandelt. Den Besprechungen wohnte eine Reihe von Ingenieuren und auch Professor Hallinger aus München bei...

Konstanz, 21. Nov. Die „Konst. Ztg.“ berichtet von einer 13-Millionen-Erbchaft, die eine Konstanz Verlegerin durch einen vor 40 Jahren in Hollandisch-Indien verstorbenen Verwandten gemacht hat.

Friedrichshafen, 21. Nov. Der in Friedrichshafen im Land befindliche Transatlantik-Zeppelin, der dem Verlehrer Spanien-Südamerika dienen soll, dürfte bis Mai n. J. fertig sein.

Aus den Parteien

Am vergangenen Donnerstag tagte der Bezirksverband der Deutschen Volkspartei Wahl-Kreis in Rehl. Der Nachmittag war organisatorischen Fragen gewidmet.

Lohnbewegungen in Baden

Die Lage in der Zigarrenindustrie. Das Inkrafttreten des für Ende der abgelaufenen Woche vorgesehenen Aussperrung in der Zigarrenindustrie Badens...

Gemeinde-Rundschau

Aus dem Bürgerausschuß Lobenburg. Für das Jahr 1928 beträgt der ungedeckte Aufwand der Gemeinde 229 477 RM, der nunmehr auf die neuen Steuerwerte umgelegt werden muß.

Fähre ober Steg in Neckargemünd? Im kommenden Jahre sollen die Vorarbeiten vom Neckaranalbauamt für die nächste Staustufe hier in Angriff genommen werden.

Der Bürgerausschuß in Mosbach genehmigte mit 65 gegen 1 Stimme, daß für das Rechnungsjahr 1928/29 vom Vermögenswert 120 RM, vom Betriebsvermögen 32 RM und vom Ertragswert 300 RM für 100 Mark Steuerwert erhoben werden...

Neue Landstraße im Amt Forstheim. Unter Beteiligung staatlicher, städtischer und sonstiger Behörden fand Sonntag nachmittag die feierliche Eröffnung der neuen Landstraße Höhenwart und Schellbrunn-Unterreichenbach...

